

Bekanntmachung

über die Aufhebung der Höchstpreise für Den. Vom 1. Juli 1916.
Auf Grund des § 1 der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) wird verordnet:

Die Bekanntmachung über Höchstpreise für Den vom 3. Februar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 79) wird aufgehoben.

Für Den aus der Ernte des Jahres 1915, das auf Grund der Verordnung über Lieferung von Den und Stroh für das Heer vom 11. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 367) zu liefern ist, bleiben die Vorschriften der Bekanntmachung vom 3. Februar 1916 in Geltung.

Berlin, den 1. Juli 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Seffertich.

Bekanntmachung

über Grünkern. Vom 3. Juli 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Massnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Wer aus der Ernte 1916 Grünkern herstellt oder hergestellt hat, darf ihn nur an die vom Reichskanzler bestimmte Stelle oder an die von dieser zum Erwerb ermächtigten Stellen abgeben.

Dies gilt nicht für die Lieferung von Grünkern an Naturalberechtigten, insbesondere Mäntel und Arbeiter, soweit sie kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn Grünkern zu beanspruchen haben. Nach der Reichskanzler vom der ihm nach § 3 Absatz 2 Satz 3 zusehender Verfügung Gebrauch, so beschränkt sich diese Ausnahme auf die von ihm bestimmte Menge.

§ 2. Die im § 1 Absatz 1 genannten Personen haben die hergestellten Mengen alsbald, spätestens bis zum 15. August 1916, dem Kommunalverband anzuzeigen. In der Anzeige ist anzugeben, welche Mengen nach § 1 Absatz 2 und nach § 3 Absatz 2 beansprucht werden und für wieviel Personen.

Die Kommunalverbände haben die Anzeige unverzüglich an die vom Reichskanzler bestimmte Stelle (§ 1 Abs. 1) weiterzugeben.

§ 3. Die Hersteller haben die Vorräte, die der Abgabebeschränkung nach § 1 unterliegen, der vom Reichskanzler bestimmten Stelle (§ 1 Abs. 1) auf Verlangen käuflich zu überlassen und auf Abruf zu verladen. Sie können ihrerseits verlangen, daß diese Stelle die Vorräte käuflich übernimmt und eine Frist zur Abnahme setzt, die mindestens vier Wochen betragen muß. Nach Ablauf der Frist erlischt die Abgabebeschränkung nach § 1.

Die Vorschrift des Abs. 1 Satz 1 gilt nicht für Grünkern, dessen der Hersteller zu seiner Ernährung oder zur Ernährung der Angehörigen seiner Wirtschaft einschließlich des Gelandes bedarf. Die Angehörigen der Wirtschaft stehen gleich Naturalberechtigten, insbesondere Mäntel und Arbeiter, soweit sie kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn Grünkern zu beanspruchen haben. Der Reichskanzler kann bestimmen, welche Mengen dem Besitzer auf Grund dieser Vorschrift zu belassen sind.

Die näheren Bestimmungen über Lieferung und Abnahme erläßt der Reichskanzler.

§ 4. Soweit der Grünkern der Ueberlassungspflicht nach § 3 unterliegt, haben die Hersteller für ordnungsmäßige Aufbewahrung und pflegliche Behandlung der Vorräte zu sorgen. Sie dürfen diese Vorräte ohne Zustimmung der vom Reichskanzler bestimmten Stelle (§ 1 Absatz 1) nicht verarbeiten. Sie haben dieser Stelle auf Erfordern Auskunft zu geben, Proben gegen Erstattung der Portokosten einzuliefern und die Beaufsichtigung zu gestatten.

§ 5. Die vom Reichskanzler bestimmte Stelle (§ 1 Absatz 1) hat für den Grünkern einen angemessenen Uebernahmepreis zu zahlen, der den im § 9 festgesetzten Preis nicht übersteigen darf.

§ 6. Ist der Verkäufer mit dem gebotenen Preise nicht einverstanden, so legt die für den Ort, von dem aus die Lieferung erfolgen soll, zuständige höhere Verwaltungsbehörde den Preis endgültig fest. Sie bestimmt darüber, wer die baren Auslagen des Verabreichens zu tragen hat. Der Verkäufer hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Uebernahmepreises zu liefern. Der Empfänger hat vorläufig den von ihm für angemessen erachteten Preis zu zahlen.

Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so wird das Eigentum auf Antrag der vom Reichskanzler bestimmten Stelle (§ 1 Absatz 1) durch Anordnung der zuständigen Behörde auf diese Stelle oder die von ihr in dem Antrag bezeichnete Person übertragen. Die Anordnung ist an den zur Ueberlassung Verpflichteten zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung ihm zugeht.

Neben dem Uebernahmepreise kann für die Aufbewahrung bei längerer Dauer eine angemessene Vergütung bezahlt werden, deren Höhe die höhere Verwaltungsbehörde des Aufbewahrungsorts endgültig festsetzt.

§ 7. Die nach § 6 zuständige höhere Verwaltungsbehörde entscheidet endgültig über alle Streitigkeiten, die sich zwischen den Beteiligten aus der Anordnung zur Lieferung oder der Lieferung ergeben.

§ 8. Die vom Reichskanzler bestimmte Stelle (§ 1 Absatz 1) darf den übernommenen Grünkern nur an die Vertriebsverwaltungen und die Marinerverwaltung, an Kommunalverbände oder an die vom Reichskanzler bestimmten Stellen abgeben. Sie kann Rohmüllfabriken und andere vom Reichskanzler bestimmte Stellen durch Bezugsscheine zum freihändigen Kauf von Grünkern ermächtigen.

Der Reichskanzler kann über die Verwendung der abgegebenen Mengen Bestimmungen erlassen und die Bedingungen und Preise bestimmen, zu denen die abgegebenen Mengen oder die daraus hergestellten Erzeugnisse zu verteilen und abzugeben sind.

§ 9. Der Preis für Grünkern, das ist die gedörrte, geschälte, unermahlene Frucht, darf vorbehaltlich der Vorschrift im § 8 Abs. 2 80 Mark für den Doppelzentner nicht übersteigen. Der Preis gilt für Lieferung ohne Sack. Für leihweise Ueberlassung der Sacke darf eine Sackleihegebühr bis zu einer Mark für die Tonne berechnet werden. Werden die Sacke nicht binnen einem Monat nach der Lieferung zurückgegeben, so darf die Leihgebühr dann um 25 Pfennig für die Woche bis zum Höchstbetrage von 2 Mark für den Doppelzentner erhöht werden. Werden die Sacke mitverkauft, so darf der Preis für den Sack nicht mehr als 1 Mark und für den Sack, der 75 Kilogramm oder mehr enthält, nicht mehr als 1,60 Mark betragen. Der Reichskanzler kann die Sackleihegebühr und den Sackpreis ändern. Bei Rückkauf der Sacke darf der Unterschied zwischen dem Verkaufs- und Rückkaufspreise den Satz der Sackleihegebühr nicht übersteigen.

Der Preis umfaßt die Kosten der Verladung bis zur Verladestelle des Ortes, von dem aus die Ware mit der Bahn oder zu Wasser verladen wird, sowie die Kosten des Einladens dorthin.

Diese Preise, sowie die auf Grund des § 8 Abs. 2 festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 25) und vom 23. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 183).

§ 10. Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen; sie bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde, als zuständige Behörde und als Kommunalverband im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 11. Der Reichskanzler kann von den Vorschriften dieser Verordnung Ausnahmen gestatten.

§ 12. Mit Ordnungsbis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu hundert Mark wird bestraft:

1. wer Grünkern der Vorschrift im § 1 zuwider abgibt;
2. wer die ihm nach § 2 obliegende Anzeige nicht in der gefestigten Frist erstattet oder wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht;
3. wer den Vorschriften im § 4 zuwiderhandelt, insbesondere, wer eine von ihm geforderte Auskunft nicht innerhalb der gesetzten Frist erteilt oder wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht;
4. wer Grünkern, der ihm von der vom Reichskanzler bestimmten Stelle zu bestimmten Zwecken angewiesen ist, ohne Erlaubnis zu anderen Zwecken verwendet;
5. wer den von den Landeszentralbehörden erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

§ 13. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außertretens.

Berlin, den 3. Juli 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Seffertich.

Bekanntmachung

über Grünkern. Vom 8. Juli 1916.

Zur Ausführung der Bundesratsverordnung über Grünkern vom 3. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. Nr. 150, S. 649 ff.) wird das Folgende bestimmt:

- § 1. Höhere Verwaltungsbehörde ist der Provinzialausschuß.
- § 2. Zuständige Behörde ist das Kreisamt.
- § 3. Kommunalverbände sind die durch § 1 unserer Ausführungsverordnung vom 4. Juli 1916 (Darmstädter Zeitung Nr. 156) zur Bundesratsverordnung über Brotgetreide und Mehl aus der Ernte 1916 als solche bestimmten Kreise beziehungsweise Kreisverbände.

Darmstadt, den 8. Juli 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Sombert.

Bekanntmachung

zur Änderung der Bekanntmachung, betreffend Regelung des Verkehrs von aus dem Ausland eingeführtem Schmalz (Schweinefett), vom 4. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 149).

Rom 27. Juni 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

1. § 4 Satz 2 der Bekanntmachung, betreffend Regelung des Verkehrs von aus dem Ausland eingeführtem Schmalz (Schweinefett), vom 4. März 1916 erhält folgende Fassung:

Das Eigentum geht mit dem Zeitpunkt auf die Gesellschaft über, in dem die Uebernahmserklärung dem Veräußerer oder dem Inhaber des Gewerkschafts zugeht.

II. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 27. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

über Auskunftsverteilung auf Grund der Verordnung, betreffend die private Schwefelwirtschaft, vom 13. November 1915. (Reichs-Gesetzbl. S. 761.)

Gemäß § 3 der Verordnung, betreffend die private Schwefelwirtschaft, vom 13. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 761) sind die für die Berechnung der Umlage erforderlichen Auskünfte hinsichtlich der im Juni 1916 erzeugten Mengen Schwefelsäure und Oleum bis zum 15. Juli 1916 zu erteilen. Die nach §§ 2 und 3 der Verordnung Melde- und Umlagepflichtigen haben die Aufstellung von Fragebogen für die Auskunftsverteilung unverzüglich bei der Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft, Berlin W. 9, Köthener Straße 1-4, zu beantragen, soweit sie ihnen nicht unmittelbar zugegangen sind.

Die Umlage ist zu entrichten von den Erzeugern von Schwefelsäure und Oleum für die in dem betreffenden Rechnungsabschnitt verarbeiteten Mengen von Schwefel und schwefelhaltigen Rohstoffen.

Berlin, den 1. Juli 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Wiedfeldt.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnung vom 31. Juli 1914 betreffend das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von 1. Rohstoffen, die bei der Herstellung und dem Betriebe von Gegenständen des Kriegsbedarfes zur Verwendung gelangen, 2. Waffen, Munition und Pulver usw., bringe ich nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

I. Es wird verboten die Aus- und Durchfuhr folgender Waren:

Röhrenform- und Röhrenverbindungsstücke der Nrn. 793, 804 und 805 des deutschen Zolltarifs, ferner Zylinder aller Art aus Schmiedeeisen, Weichguß, Grauguß und Stahlguß.

II. In der Bekanntmachung vom 3. Juni 1916, „Reichsanzeiger“ Nr. 130 vom 3. Juni 1916, betreffend Aus- und Durchfuhrverbot von Karten, Geländebesreibungen usw., sind unter 12 c und d hinter dem Worte „Reisekarten“ die Worte „und Karten“, unter 1 Nr. 3 a hinter „Württemberg“ das Wort „Baden“, unter 1 4 Satz 2 hinter dem Wort „Karten“ die Worte „usw.“ nachzutragen.

Berlin, den 3. Juli 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Wiedfeldt.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis der Beteiligten, daß das zurzeit bestehende grundsätzliche Verbot des Hauschlachtens spätestens am 1. Oktober 1916 aufgehoben werden wird. Allerdings werden dann Vorkehrungen getroffen werden müssen, daß derjenige, der durch eine Hauschlachtung Fleischvorräte gewinnt, nicht besser gestellt wird, wie die übrigen Verbraucher, für welche die auf sie entfallende Fleischmenge genau begrenzt ist. Bei Hauschlachtungen von Schweinen ist Voraussetzung, daß diese von ihren Besitzern selbst gemäht werden.

Besonderer Wert muß auf die Nacht von Hauskaninchen gelegt werden. Ihr Fleisch wird in die Versorgungsregelung nicht einbezogen, mithin im freien Verkehr belassen werden und insbesondere ohne Fleischkarte erhältlich sein. Es sollte sich deshalb niemand, der in der Lage ist, Kaninchen aufzuziehen, davon abhalten lassen, sich Zuchttiere anzulegen.

Darmstadt, den 6. Juli 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Homberg.

Betr.: Turmintericht.

An die Schulvorstände des Kreises.

Wir erinnern an die alsbaldige Erledigung unserer Verfügung vom 6. Juni 1916 (Kreisblatt Nr. 58 vom 9. Juni 1916).

Gießen, den 8. Juli 1916.

Großherzogliche Kreis-Schulkommission Gießen.
S. B. Langermann.

Abt. IIIb Tag.-Nr. 12036/3441. Frankfurt a. M., 20. Juni 1916.

Verordnung

betr. Behandlung von Krankheiten durch nichtapprobierte Personen, Ankündigung und Anbieten von Heilmitteln usw.

1. Die Verordnung vom 18. Februar 1915 (IIIb Nr. 701/1492) betr. Verbot der Aufnahme von Anzeigen nichtapprobierter Personen über Krankheitsheilungen in Zeitungen, und Ziffer I der Verordnung vom 22. Januar 1916 (IIIb Nr. 1297/335) betr. Behandlung von Geschlechtskrankheiten durch nichtapprobierte Personen werden aufgehoben.

2. An Stelle dieser Bestimmungen wird auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit § 1 des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 angeordnet:

I.

1. Den Personen, die sich gewerbmäßig mit der Behandlung von Krankheiten, Leiden oder Körper Schäden an Menschen befassen, ohne die entsprechende staatliche Anerkennung (Approbation) zu besitzen, ist es verboten, ihren Gewerbebetrieb anders als durch Bekanntgabe am Wohnhaus, im Adress- oder Telefonbuch anzukündigen.

Dieses Verbot findet keine Anwendung auf Zahntechniker und Bandagisten.

2. Die öffentliche Ausstellung, Ankündigung oder Anpreisung sowie das im Umherziehen erfolgende Sammeln von Bestellungen oder Anbieten solcher Gegenstände, Mittel oder Verfahren, die zur Verhütung der Empfängnis oder zur Beseitigung der Schwangerschaft oder von Menstruationsstörungen usw. bestimmt sind, ist verboten.

3. Die öffentliche Ankündigung oder Anpreisung sowie das im Umherziehen erfolgte Sammeln von Bestellungen oder Anbieten solcher Arzneien, Verfahren, Apparate oder anderer Gegenstände, die zur Verhütung, Linderung oder Heilung von Krankheiten, Leiden oder Körper Schäden bei Menschen bestimmt sind, ferner von Säuglingsnahrungsmitteln, diätetischen Präparaten und Mitteln zur Beeinflussung menschlicher Körperformen (seltan-fegende oder entfettende Mittel, Bufenmittel usw.), ist verboten.

4. Die unter Ziffer 1 bis 3 bezeichneten Handlungen sind auch in jeder irgendwie verschleierte Form verboten.

5. Die Bestimmungen unter Ziffer 2 und 3 finden keine Anwendung, soweit die Ankündigung oder Anpreisung in wissenschaftlichen Fachkreisen auf dem Gebiete der Medizin oder Pharmazie erfolgt.

6. Für die Ankündigung oder Anpreisung durch die Presse kann das stellvertretende Generalkommando Ausnahmen von der Bestimmung unter Ziffer 3 widerruflich bewilligen. Auf die erteilte Bewilligung darf bei der Ankündigung oder Anpreisung nicht hingewiesen werden.

II.

Den unter I Ziffer 1 genannten Personen ist ferner verboten:

1. eine Behandlung, die nicht auf Grund eigener Wahrnehmungen an dem zu Behandelnden erfolgt (Fernbehandlung);

2. die Behandlung mittels mystischer Verfahren;

3. die Behandlung von gemeingefährlichen Krankheiten (Aus-satz, Cholera, Fleckfieber, Gelbfieber, Pest und Pocken) sowie von sonstigen übertragbaren Krankheiten;

4. die Behandlung aller Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane, von Syphilis, Schanker und Tripper, auch wenn sie an anderen Körperstellen auftreten;

5. die Behandlung von Krebskrankheiten;

6. die Behandlung mittels Hypnose;

7. die Behandlung unter Anwendung von Betäubungsmitteln, mit Ausnahme solcher, die nicht über den Ort der Anwendung hinauswirken;

8. die Behandlung unter Anwendung von Einspritzungen unter die Haut oder in die Blutbahn, soweit es sich nicht um eine nach Nr. 7 gestattete Anwendung von Betäubungsmitteln handelt.

Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft.

Stellvertretendes Generalkommando des 18. Armeekorps.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Bekanntmachung.

Betr.: Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels vom 24. Juni 1916.

Wir machen die in hiesiger Stadt wohnhaften Händler mit Lebens- und Futtermitteln besonders auf die Verfügung Großh. Kreisamts Gießen vom 8. ds. Mts., veröffentlicht im Kreisblatt Nr. 76 vom 11. Juli ds. Jrs., aufmerksam.

Gießen, den 11. Juli 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.
Semmerde.

Bekanntmachung

Über das Verbot des Vorverkaufs der Ernte des Jahres 1916.
Vom 8. Juli 1916.

Auf Grund von § 2 der Bundesratsverordnung über das Verbot des Vorverkaufs der Ernte des Jahres 1916 vom 21. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 545, 546) wird mit Ermächtigung des Reichsfinanziers das folgende bestimmt:

§ 1. Verkäufe des in § 1 der Bundesratsverordnung aufgeführten Getreides auf den Markt zur Überleitung durch den Käufer können von dem Kreisamt ausnahmsweise genehmigt werden, wenn ein Bedürfnis hierfür nachgewiesen wird.

§ 2. Anträge auf Ausnahmebewilligung nach § 1 sind bei dem Kreisamt unter genauer Angabe der bestellten Grundstücke nach Kultur, Gewinn und Größe, der Getreideart, des Verkäufers und Käufers, sowie der Gründe, die die Ausnahme rechtfertigen sollen, zu stellen.

§ 3. Von den erteilten Ausnahmebewilligungen hat das Kreisamt dem Vorsitzenden des Kommunalverbandes (§ 1 unserer Ausführungsanweisung vom 4. Juli 1916 zur Verordnung des Bundesrats über Brotgetreide und Mehl aus der Ernte 1916) alsbald Kenntnis zu geben.

Darmstadt, den 8. Juli 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Homberg.

Betr.: Richtlinien für die Erhaltung der diesjährigen Obsternte.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Von dem Kriegsausfluß für Volksernährung ist eine „Anleitung zur Erhaltung der diesjährigen Obsternte“ erschienen, die als Anhalt für die Belehrung der Bevölkerung dienen kann, daß Obst in weitgehendem Maße auch ohne Zucker eingemacht und erhalten werden kann. Der Preis des Heftchens, dessen schnelligste Verbreitung erwünscht ist, wird sich ohne Porto auf circa 10 Pfg. pro Stück stellen.

Wir empfehlen Ihnen, bis zum 18. I. Mäz. zu berichten, ob und wieviel Exemplare der Anleitung für Ihre Gemeinde gewünscht werden. Insbesondere sind alle etwa in Betracht kommenden Vereine zum Bezug und zur Weiterverbreitung der Anleitung anzuregen.

Gießen, den 11. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Überwachung der Kriegsgefangenen.

Da es bisher nicht möglich war, zu unterscheiden, ob Kriegsgefangene, welche bei landwirtschaftlichen Arbeiten sich frei bewegen dürfen, sich in Ausübung ihrer Tätigkeit oder auf Wegen befinden, hat die Inspektion der Kriegsgefangenenlager XVIII. Armeekorps Blechmarken mit aufgeprägtem Namen des Unterkunftsortes anfertigen lassen. Diese Blechmarken werden von den Kriegsgefangenen an einer leicht sichtbaren Stelle der Mäze getragen. Wir bringen deshalb zur allgemeinen Kenntnis, daß

Kriegsgefangene auf landwirtschaftlichen Arbeits-Kommandos, welche ohne Begleitung nach dem 15. Juli 1916

ohne eine solche Marke, oder mit einer Marke mit einem andern als dem Namen der Gemerkung, in welcher die Begegnung erfolgt, angetroffen werden, ohne weiteres von Jedem bei der nächsten Polizeibehörde zu melden und von sämtlichen Militärpersonen und Sicherheitsorganen festzunehmen sind.

Kriegsgefangene auf industriellen Arbeitskommandos mit militärischer Bewachung erhalten keine Blechmarken, da sie sich nie frei bewegen dürfen.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises, Großh. Polizeiamt Gießen und Großh. Gendarmerie des Kreises.

Vorstehendes ist ortsüblich bekannt zu machen. Die Polizeiorgane haben die Anordnung genau zu überwachen und zu befolgen.

Gießen, den 13. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Mäzbrand in Göbelnrod.

Der Mäzbrand in der Schafferde in Göbelnrod ist erloschen.

Gießen, den 12. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Betr.: Reichsversicherung während des Krieges.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Hinweis auf das im Kreisblatt Nr. 65 vom 23. Juni 1916 abgedruckte Gesetz über Renten in der Invalidenversicherung sehen wir uns zur Beilegung von Zweifeln veranlaßt, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß auch ein Altersrentenempfänger, falls er versicherungspflichtige Lohnarbeit noch verrichtet, auch Beitragsmarken zur Invalidenversicherung verwenden muß. Auch den nicht invalidenversicherungspflichtigen, aber noch nicht insidern Altersrentenempfängern wird empfohlen, freiwillig Beitragsmarken in genügender Weise (mindestens 20 Wochenbeiträge während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungsstage) zu verwenden, damit ihnen die Anwartschaft auf die höhere Invalidenrente erhalten bleibt.

Wir erwarten von Ihnen, daß Sie die Rentenempfänger in geeigneter Weise belehren und zwar geschieht dies am zweckmäßigsten, wenn Sie die Rentenquittungen beglaubigen.

Gießen, den 7. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen (Versicherungsamt).
J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Kreisabbederei; hier: Einfindung der Kadaververzeichnisse vom Monat Juni 1916.

An das Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir erinnern an ungehende Einfindung der Abbedeerverzeichnisse vom Juni 1916.

Gießen, den 8. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche.

Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß auf Grund der im Reichsanzeiger veröffentlichten Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche vom 1. Juli d. Js. als verseucht zu gelten haben:

1. Im Großherzogtum keine Kreise.

2. Im Reichsgebiet die Bezirke: Königsberg, Gumbinnen, Marienwerder, Potsdam, Frankfurt, Stettin, Stralsund, Rügen, Bismarck, Magdeburg, Schleswig, Hannover, Oldenburg, Lüneburg, Stade, Cassel, Wiesbaden, Koblenz, Trier, Oberbayern, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben, Dresden, Leipzig, Mecklenburg, Schwarzburgkreis, Jagstkreis, Donaufreis, Konstanz, Freiburg, Mannheim, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Sachsen-Meiningen, Hamburg, Unterelsaß, Oberelsaß, Lothringen.

Gießen, den 10. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Betr.: Die Erhebung von Deckgeld für Bedecken der Stuten in 1916.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir sehen der Einfindung der Heblisten in zweifacher Ausfertigung über die in diesem Jahre von Ihnen ausgestellten Deckheime entgegen. Wenn Deckheime nicht ausgestellt worden sind, ist dies zu berichten. Ausgestellte und wieder zurückgegebene Scheine müssen unter Angabe des Grundes der Rückgabe den Heblisten angeschlossen werden. Auf den für die Erhebung der ersten Rate bestimmten Heblisten ist in der Spalte „Deckbetrag“ der Betrag von 11 Mark für eine Stute (heiß. Veißer) einzutragen, während in dem zweiten Exemplar der Hebliste, die für Erhebung der zweiten Rate als Unterlage dienen soll, die Spalte „Deckbetrag“ offen zu lassen ist. Auch die Spalten „Nr. des Tagebuchs“ und „Bemerkungen“ müssen in den beiden Heblisten frei bleiben.

Gießen, den 12. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Quedborn; hier: die Drainagen.

In der Zeit vom 21. Juli bis einschließlich 3. August l. Js. liegt an Großh. Bürgermeisterei Quedborn der Beschluß der Vollzugskommission vom 1. Juli l. Js. über die Erhebung von Zinsen für die Drainagekosten zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschusses während der Offenlegungszeit bei Großh. Bürgermeisterei Quedborn schriftlich einzureichen.

Friedberg, den 2. Juli 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungs-Kommissär:
Schnittpahn, Großh. Regierungsrat.